

Marzahn- Hellersdorf *links*

28. Jahrgang / November 2018

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

#Unteilbar gegen Rassismus und Ausgrenzung

Wow, das war vielleicht eine Überraschung: Das Organisationsteam hatte mit zehntausenden Besucher*innen gerechnet, letztendlich kamen 250.000 (ja, eine viertel Million!) zu der Großdemonstration am 13. Oktober in Berlin, die sich unter dem Motto „unteilbar“ für eine offene und freie Gesellschaft einsetzt. Solidarität hieß das Schlagwort, und nicht Ausgrenzung.

Bitter nötig war ein solcher Appell, nachdem in Chemnitz Ende August unzählige Rechte, darunter auch ein paar stramme Nazis mit Hitlergruß, auf die Straße gingen und neben „Wir sind das Volk“ auch „Ausländer raus“ riefen. Die Gesellschaft rückt nach rechts und man kann förmlich dabei zuschauen. Eine deutliche Positionierung und ein Widersprechen werden da immer wichtiger.

Die Demonstration #unteilbar wollte ein Zeichen setzen. Die Organisator*innen formulierten in ihrem Aufruf klare Worte: „Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden. Wir halten dagegen, wenn Grund- und Freiheitsrechte weiter eingeschränkt

werden sollen.“ An diesem warmen Oktobersamstag kamen aus ganz Deutschland unzählige Organisationen, Vereine und Parteien zusammen – und natürlich auch Bürger*innen und Verordnete aus Marzahn-Hellersdorf. Als die ersten schon an der

besorgte Bürger*innen waren auf der Straße, aber sie wollten ihre Sorgen nicht von rassistischer Hetze instrumentalisieren lassen. Ein Schild brachte es auf den Punkt: „Wir machen uns auch Sorgen – Rente und Pflege, Kitaplätze, Rassismus, sichere Jobs, faire Löhne, rechte Gewalt, bezahlbare Mieten, gerechtes Gesundheitssystem, Diskriminierung, Gleichberechtigung.“

Doch wie geht es nun weiter? Einige sehen in #unteilbar den Beginn einer sozialen Bewegung und verweisen auf die vielen anderen Demos, die im sogenannten Herbst der Solidarität stattfinden, zum Beispiel #ausgehetzt in München oder #wirsindmehr in Chemnitz. „Wir sind jetzt erst mal am Durchatmen“, sagte Anna Spangenberg vom Unteilbar-Bündnis der Zeitung „neues deutschland“ Mitte Oktober. Am 17. November lädt das Bündnis zu einem Treffen ein, um das weitere Vorgehen zu besprechen.



Marzahn-Hellersdorfer Teilnehmer*innen waren im Demonstrationzug gut zu erkennen.
Foto: M. Albrecht

Siegessäule ankamen, um den Reden auf der großen Bühne zu lauschen, gingen die letzten am Alexanderplatz erst los. Die Straßen waren voll und es herrschte eine hoffnungsvolle Stimmung. Viele

Alle Informationen gibt es online unter www.unteilbar.org.

MAGDA ALBRECHT

www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Das finden Sie außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2: Aus den Siedlungsgebieten: Mahlsdorf / Die Zukunft gehört der Straßenbahn / Hauptversammlung

Seite 3: Petra Pau: AfD: Rassismus und Pfründe / Aus dem Bezirksvorstand / Wir sagen: Trotz alledem!

Seite 4 / Seite 5: BVV-Linksfraktion aktuell:

- Interview: Mahlsdorf braucht schnell Entlastung
- Bericht zur BVV im Oktober
- Verkehr im Ortsteilzentrum Mahlsdorf

Seite 6: Juliane Witt: Ein Aufruf zu Bündnissen / Gedenkwoche 80. Jahrestag Reichspogromnacht / Anders, als ihr denkt

Seite 7: Zur Person: Magda Albrecht / Seniorenpolitischer Ratschlag der LINKEN / Spendenaufruf

Seite 8: Tipps und Termine / Hinten links:

Erinnerungsgang

Gedenken an die Novemberpogrome
09.11.1938

09.11.2018
Treffpunkt 15 Uhr
nähe S-Bhf. Kaulsdorf
Hertwigswalder Steig 8

mit Ihrem Abgeordneten
Kristian Ronneburg für
Hellersdorf-Süd / Kaulsdorf-Nord

DIE LINKE.

Aus den Siedlungsgebieten: Stadtteilzentren und der Bürgerverein Mahlsdorf Süd stärken Ortsteil Mahlsdorf!

Der Ausschuss für Soziales und Stadtteilarbeit der BVV besuchte unter Leitung unserer Vorsitzenden Zoe Dahler am 12. September 2018 den Stadtteiltreff Mahlsdorf-Süd „Haus der Begegnung“. Die Bezirksverordneten informierten sich gemeinsam mit der Amtsleitung des Sozialamtes vor Ort über die Probleme der Stadtteilarbeit. Neben den Mitarbeiter*innen der Verwaltung konnten die Ausschussmitglieder auch Vertreter*innen aus dem Stadtteilzentrum „PestalozziTreff“ Mahlsdorf der Arbeiterwohlfahrt und vom Bürgerverein Mahlsdorf-Süd e.V. begrüßen.

Zu Beginn der Sitzung nutzte der Ausschuss die Möglichkeit, das „Bürgerstübchen“ des Bürgervereins Mahlsdorf-Süd e.V. zu besichtigen. Die im Oktober 2017 im Beisein von Petra Pau eröffnete Begegnungsstätte im Erich-Baron-Weg/Ecke Hultschiner Damm 98 ist erst der Anfang auf der Suche nach einem Bürgerhaus für Mahlsdorf-Süd. Die Möglichkeit der Arbeit im „Bürgerstübchen“ ist vor allem durch die Unterstützung unserer Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle und unserer Sozialstadträtin Juliane Witt zustande gebracht worden. Durch die Vernetzung mit dem AWO-Stadtteiltreff Mahlsdorf-Süd, dem Unionhilfswerk e.V., Kieztreff „Kiekemal“, und dem Theodor-Fliedner-Heim kann der Verein zahlreiche Treffpunkte für Kultur, Sport und Geselligkeit im Kiez anbieten.

Die Vereinsmitglieder Frau Westphal und Frau Held konnten einen Überblick über die zahlreichen Veranstaltungen und Aktivitäten des Bürgervereins geben. Ein zentrales Problem ist die räumliche Situation im „Bürgerstübchen“. Für größere Veranstaltungen werden zur Nutzung von Räumlichkeiten

Kosten fällig. Diese müssen dann auf die Besucher*innen zusätzlich umgelegt werden. Trotz der guten Kooperation und Vernetzung der drei Stadtteilrichtungen reicht der Platz für die zahlreichen Aktivitäten nicht aus.

Der Ortsteil Mahlsdorf hat mit seinen beiden Stadtteilzentren und dem „Bürgerstübchen“ als einziger Ortsteil im Bezirk drei Einrichtungen. Der von der Linksfraktion favorisierte Plan, die ehemalige Gaststätte „Hubertus“ zu einem Bürgerhaus zu entwickeln, konnte leider nicht umgesetzt werden. Bei der Anhörung der Einrichtungen wurde deutlich, dass die Akteure der Stadtteilarbeit ihre Ressourcen bündeln wollen und gemeinsam zur Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit beitragen wollen.

Das spiegelt sich auch im Prozess des Bürgerhaushaltes 2020/2021 wider. Mit der Bereitstellung des Bürgerbudgets von insgesamt 200.000 Euro pro Jahr, über das ausschließlich die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, sollen mindestens 10 Vorschläge zu je 20.000 Euro im Haushalt des Bezirkes eingestellt werden. Die Vorschlagsphase ist schon abgeschlossen. Vom 14. Januar bis zum 1. Februar 2019 kann dann in der Abstimmungsphase über die Vorschläge auch in Mahlsdorf abgestimmt werden.

Die Linksfraktion bleibt bei der Suche nach einem Bürgerhaus für Mahlsdorf-Süd auch weiterhin dran. Zoe Dahler dankte den Akteuren der Stadtteilarbeit für ihre oft ehrenamtliche Arbeit und sagte weitere Unterstützung der BVV für die Nachbarschafts- und Gemeinwesenarbeit zu.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER
Bezirksverordneter

Gute Diskussion und Delegiertenwahlen

Unsere Hauptversammlung am 7. Oktober im Theater am Park stand ganz im Zeichen der Diskussion zu kommunal- und landespolitischen Themen, die wir bereits in der vorangegangenen Tagung begonnen hatten.

Kristian Ronneburg, Bezirksvorsitzender der LINKEN, Marzahn-Hellersdorf, nannte gleich zu Beginn die Schwerpunkthemen, die Rot-Rot-Grün in Berlin anpackt: Schulen, Wohnungsbau, Verkehrsentwicklung in der Stadt Berlin. Als Gast nahm Tobias Schulze, stellvertretender Landesvorsitzender, an der Hauptversammlung teil und sprach über die politischen Schwerpunkte der LINKEN in Berlin: Wohnen und Mieten, Geflüchtete und Migration, und darüber, dass

DIE LINKE wieder wahrnehmbarer in der Stadt werden muss. Petra Pau konzentrierte sich in ihrem Redebeitrag auf die Situation in Deutschlands Innerem, wie es innenpolitisch zugeht im Lande. Die zahlreichen Redebeiträge in der Diskussion

waren thematisch ebenfalls sehr vielfältig, reichen von der Bewegung „Aufstehen“ über Gemeinschaftsschule, Personal und Haushalt in Berlin, den Marzahn-Hellersdorfer Bürgerhaushalt, die



Blick in den Tagungssaal

Foto: Y. Rami

Arbeit im Bezirksamt, welche Fragen Bürgerinnen und Bürger haben, ob Wohnungsbau denn wirklich nötig sei zum Beispiel, bis hin zu weiteren Bauvorhaben im Bezirk, auch solchen Fragen, wie können Langzeitarbeitslose in Arbeit gebracht

Der Straßenbahn gehört die Zukunft...

Wer die Klimaziele einhalten will, muss auch den Verkehr umbauen. Dabei reicht es nicht, alte Diesel gegen neue auszutauschen. Aber auch nicht, wie schon seit Jahrzehnten immer wieder, vom Vorrang der „Schiene vor der Straße“ zu schwadronieren und in der Praxis Gegenteiliges zu befördern. Zu den neueren Papieren, die eine „Verkehrswende“ postulieren, gehören der Entwurf des neuen Stadtverkehrsplans Verkehr des Landes Berlin sowie der Nahverkehrsplan 2019 bis 2023. Darin enthalten ist neben vielen Vorschlägen und Maßnahmen zum Ausbau des ÖPNV, auf die ich hier nicht eingehen kann, die Umrüstung der gesamten Berliner Busflotte bis 2030 weg von Diesel hin zu Ökostrom. Doch dieses Vorhaben droht sich jetzt schon als Flopp zu erweisen, mangels Angeboten von Herstellern und technisch-betrieblicher Probleme. In China, wo sich Experten der BVG umsahen, setzt man inzwischen auf Brennstoffzelle und Wasserstoff, davon ist man hier weit entfernt. E-Batterien sind von der Ökobilanz her betrachtet übrigens auch nicht der „Bringer“, selbst wenn der Strom irgendwann wirklich „grün“ wäre. Bleibt nur, für alle wichtigen Verbindungen in der Stadt wieder verstärkt und noch im größeren Maße auf die Straßenbahn zu setzen. Perspektivisch sind alle mit mehreren Buslinien befahrenen Strecken auf die Bahn umzustellen. Kleinere Busse bzw. Liniensammeltaxis mit abgaslosen Antrieben dienen hauptsächlich als Zubringer. Unabhängig von dieser Vision sollten wir uns dafür einsetzen, dass alle Planungen für Straßenbahnstrecken – auch solche die das Netz „nur“ ergänzen, wie etwa der Lückenschluss zwischen Köpenick/Mahlsdorf und Hellersdorf, weiter verfolgt werden. Übrigens: In Köpenick wird demnächst das Stadion „Alte Försterei“ auf 37000 Zuschauerplätze ausgebaut, aber das ist nur ein Argument von vielen für diese Strecke.

FRANK BEIERSDORFF

werden und wie geht es im Bezirk mit der Schulbauoffensive voran. Ein weites Feld - und auf etlichen Gebieten geht es dem einen nicht schnell genug, der anderen zu schnell voran. Tun wir alles, um Menschen mit Behinderung ins alltägliche Leben zu integrieren, war eine weitere Frage.

Aber auch Wahlen standen auf dem Arbeitsplan der Hauptversammlung. Es wurden 16 Delegierte zum 7. Landesparteitag gewählt, auch Ersatzdelegierte. Eine Sammlung von Spenden für die bereits seit mehreren Jahren in der Adventszeit stattfindende Feier für Kinder in der Obdachlosen- und Geflüchtetenunterkunft in der Otto-Rosenberg-Straße erbrachte den Betrag 291,50 Euro. Neben weiteren Spenden aus Basisgruppen und von Einzelpersonen wird dieses Geld dazu beitragen, dass jedem Kind ein ganz persönliches Geschenk überreicht werden kann.

YVETTE RAMI

Irrtum

Ich sehe Frühling
spüre Herbst
gestrandet am Ufer der Zeit

JANINA NIEMANN-RICH

Petra Pau (MdB): AfD: Rassismus und Pfründe

Die Mieten steigen und steigen, für allzu viele in unerschwingliche Höhen. Höchste Zeit, dass sich der Bundestag erneut dem Thema Mietpreisbremse zuwendet. Denn das bisherige Modell greift nicht.

Das hat DIE LINKE mehrfach kritisiert. Nun war die Mietpreisbremse wieder Thema, nach einer Vorlage der CDU/CSU/SPD-Koalition. Auch sie ist – vorsichtig formuliert – extrem halbherzig. Der AfD indes ging sie viel zu weit. Sie lehnt jede Regelung ab, die Hausbesitzer und Vermieter hemmen oder gar belasten könne. Auch die Kritik an der Abwälzung zu hoher Modernisierungskosten auf Mieterinnen und Mieter ist aus Sicht der AfD nur dummes Zeug „aus der sozialistischen Mottenkiste“.

Mehrere sozialpolitische Themen standen im Oktober auf der Tagesordnung im Plenum. So hatte die Regierungskoalition die Erhöhung des Kinder-

geldes beantragt. Marginal, viel zu gering, aus unserer Sicht, um Kinderarmut vorzubeugen. Aber immerhin, ein Schritt in die richtige Richtung, wie es politdeutsch heißt. Nicht für die AfD. Sie lehnt jedwede Anhebung des Kindergeldes oder anderweitige Entlastungen von Familien ab. Dabei beruft sie sich auf den Bund der Steuerzahler. Der sieht Steuern bekanntlich grundsätzlich kritisch, allemal, wenn sie für soziale Belange „verschleudert“ werden.

Ganz in diesem Sinne plädierte die AfD erneut für die unverzügliche Abschaffung des „Soli“. Damit liegt sie auf CDU/CSU-Linie, während DIE LINKE dafür plädiert, den „Soli“ als Hilfe für sozialbedürftige Regionen in Ost und West beizubehalten. Zumal der „Soli“ – im Gegensatz zu vielen Steuerregelungen – einen Vorzug hat: Wer mehr besitzt, muss mehr für die Allgemeinheit beitragen. Genau das will die AfD erklärtermaßen nicht. Solidarität ist

für sie ein Unwort, es sei denn, es wird rassistisch verbrämt.

Mini-Jobs lehnt DIE LINKE bekanntlich ab, so auch aktuell wieder im Bundestag. Sie entrechten die Betroffenen und führen zu Altersarmut, um nur zwei Kritikpunkte anzuführen. Nicht so für die AfD, Zitat aus der Debatte Anfang Oktober. Mini-jobs sind „für viele Arbeitnehmer attraktiv und rechnen sich auch für Arbeitgeber, die bei einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und gleich bleibendem Bruttolohn deutlich höher belastet würden.“

Ob Mieterschutz, Abgaben und Steuern oder Arbeitsrecht, die Positionen der AfD sind klar, nachzulesen in den Protokollen des Bundestages. Jüngst stieß ich in einem Artikel auf eine knappe Zusammenfassung der AfD-Angebote, die ich nur bestätigen kann: für die unteren Schichten Rassismus, für die Oberschicht Pfründe!

Aus dem Bezirksvorstand:

Flüchtlingsunterkünfte / Schulbauoffensive

Planmäßig tagte der Bezirksvorstand zweimal im Oktober. Aus der Sitzung am 2.10. ist besonders die Information über die Einwohnerversammlung zum Bau der neuen Flüchtlingsunterkunft am Murtzauer Ring hervorzuheben. Hier kamen ca. 50 Einwohner und Teilnehmer aus dem Senat und dem Bezirksamt zusammen. Ein Vertreter des Senats informierte darüber, dass drei Gebäude mit jeweils sechs Geschossen errichtet werden sollen. Dabei sind die Erdgeschosse vorgesehen für soziale Einrichtungen wie z.B. Kita. Die bauliche Ausführung erfolgt als Modulare Flüchtlingsunterkunft Typ 2.0 (MUF 2.0), die eine Nutzung als Wohnungen für andere Zwecke erlaubt. Seitens der anwesenden Polizei wurde noch darauf hingewiesen, dass es nach der Belegung der Flüchtlingsunterkunft in der nahegelegenen Paul-Schwenk-Straße nicht zu einer Erhöhung der Kriminalitätsbelastung im umliegenden Gebiet gekommen ist. Unsachliche Störungen auf der Versammlung wurden seitens einiger Teilnehmer konsequent zurückgewiesen.

Ausführlich beschäftigte sich der Bezirksvorstand mit den Vorbereitungen der Haupt- bzw. Vertreter_innenversammlung am 7. Oktober und am 10. November.

Zu Beginn der zweiten Beratung konnten wir uns davon überzeugen, dass die Renovierung der Geschäftsstelle und die erste Künstlerpräsentation ein sehenswertes Ergebnis lieferten. Im Tagesordnungspunkt „Aktuelles“ informierte Julia Witt über aktuelle Schwerpunkte in der Arbeit des Bezirksamtes.

Herausragend sind hier die Schulbauoffensive und Schulsanierung mit allen damit zusammenhängenden Problemen. Es geht um Ersatzstandorte, Planungs- und Baukapazitäten, die nicht ausreichen, Abstimmungen

mit dem Land und viele anderen Fragen. Dabei ist ein Zeitverzug von fast 1,5 Jahren festzustellen. Hier droht ein Glaubwürdigkeitsverlust der Regierungskoalition bei der Berliner Bevölkerung, der sich negativ auf das Wahlverhalten bei der nächsten Abgeordnetenhauswahl auswirken kann. Auch die Situation bei den Flüchtlingsunterkünften steht im Fokus der Politik. Hier droht bei den vorhandenen Unterkünften im Zusammenhang mit den Trägerwechseln zum 1.1.2019 besonders die Personalsituation kritisch zu werden.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt stellte unser Gast Torsten Himm Vorhaben der AG Politische Bildung für die nächste Zeit vor. Er berichtete, dass die Anregungen aus der Hauptversammlung am 7.10. aufgenommen wurden und in den nächsten Monaten BO besucht werden, um weitere Anregungen von der Basis zu berücksichtigen. Geplant sind auch Workshops zur Parteilarbeit mit Neumitgliedern, an denen natürlich auch alle anderen Mitglieder zur Wissensauffrischung teilnehmen können.

Anschließend diskutierte der Bezirksvorstand die jüngsten Auftritte von AfD-Vertretern in der BVV. Dabei wurde über die funktionierende Zusammenarbeit mit der CDU, SPD und den Bündnisgrünen zur Abwehr der AfD-Angriffe auf die Zivilgesellschaft und Verteidigung der Demokratie berichtet.

UWE WOLLMERSTÄDT

Angriffskrieg-Parteien

**In gemähter Selbstgefälligkeit
sehen sie sich
als Hüter der heiligen Kuh Grundgesetz
doch sie schlachten seine hellste Forderung:
nur Verteidigungskrieg!**

JÜRGEN RIEDEL

Die Geschichte soll nicht das Gedächtnis beschweren, sondern den Verstand erleuchten.

Gotthold Ephraim Lessing (1725 - 1781)

Wir sagen: Trotz alledem!

Im Januar 2019 jährt sich zum 100sten Mal der bestialische Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die Herrschenden nannten das „Ordnung schaffen“. Denn für die Herrschenden war und ist es das Chaos, wenn Menschen sich entschieden gegen Ausbeutung und Krieg zur Wehr setzen. Damals wie heute ist es dringend erforderlich, Widerstand zu leisten.

Acht Superreiche haben mehr Vermögen, als die ärmere Hälfte der Erdbewohner. Kriege und Bürgerkriege toben. Deutsche Soldaten stehen erneut an Russlands Grenzen. Rüstungshaushalte der NATO-Staaten werden verdoppelt und an der Spitze der imperialistischen Hauptmacht steht ein Unzurechnungsfähiger. Mehr als 65 Millionen Menschen sind vor Krieg und Elend auf der Flucht. Ausgerechnet diese Ärmsten der Armen werden zu Sündenböcken gestempelt. Und so entsteht ein Klima des Rassismus, in dem die faschistoide Rechte das Völkische als Lösung aller Probleme preist.

Keine hoffnungserweckende Situation! Gerade deshalb sagen wir in Erinnerung an Rosa und Karl: Trotz alledem! Dieses Trotz alledem soll am Tag der Ehrung und des Gedenkens an diese zwei großartigen Menschen unübersehbar werden. Kommt zum Stillen Gedenken, kommt zur Demonstration im Rahmen der Ehrung. Gewinnt weitere Menschen, mit uns zu gehen. Unterschreibt unseren Aufruf (<http://www.ll-demo.de>). Wir müssen viele werden am 13. Januar 2019.

Für das Bündnis zur Vorbereitung der Demonstration im Rahmen der Luxemburg-Liebknecht-Ehrung
E. BROMBACHER

„Mahlsdorf braucht schnell eine Entlastung und eine leistungsfähige Straßenbahn für alle.“

Es ist jetzt amtlich: Die Ausschreibung der nächsten Planungsschritte für den S-Bahnhof Mahlsdorf hat begonnen und die inhaltliche Arbeit kann zeitnah starten. Was sagt die Fraktion DIE LINKE der BVV Marzahn-Hellersdorf zu der Entscheidung des Senats, welche Position hat sie zu der Bürgerinitiative „Tram statt PKW!“ und ist der Baubeginn ab 2022 überhaupt realistisch? Zu diesen Fragen äußert sich der Fraktionsvorsitzende Bjoern Tielebein im Interview.

● Für die Verkehrslösung für Mahlsdorf ist nun die Entscheidung für eine Variante gefallen. Wie soll diese aussehen?

Bjoern Tielebein: Genau, der Senat hat sich offenbar entschieden, die seit vielen Jahren verfolgte und vorbereitete Variante zu verfolgen. Das heißt, dass künftig der Hultschiner Damm auf Höhe des Gründerzeitmuseums östlich abzweigt, über die B1/B5 geführt und dann als „Straße an der Schule“ den PKW-Verkehr aufnehmen soll. Die Straßenbahn wird zweigleisig ausgebaut und verkehrt weiter auf ihrer angestammten Strecke entlang der Hönower Straße. Auf Höhe der Pestalozzistraße treffen sich beide Trassen wieder und werden zum S-Bahnhof Mahlsdorf unter die Brücke geführt. Die Straßenbahn soll dort enden, wo jetzt die Autos unter der Brücke verkehren, die Autos werden den Brückenteil nutzen, wo derzeit die Fahrräder parken. Die Straßenbahnschleife kann dann aufgelöst werden und die Fläche dann zum Beispiel für Fahrradabstellplätze genutzt werden.

● Die Fraktion DIE LINKE hatte ja Bewegung in die Sache gebracht und den Prozess maßgeblich angeschoben. Wie ist die Position der Linksfraktion zu der Entscheidung?

Bjoern Tielebein: Wir haben nach jahrelangem Stillstand, den vor allem die CDU zu verantworten hat, die Diskussion wieder angeschoben. Zum



Bjoern Tielebein ist Vorsitzender der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf. Foto: Linksfraktion MaHe

reits seine Arbeit aufgenommen. Ein weiterer, die frühere Akteursrunde Mahlsdorf, wird ebenfalls bald arbeiten und sich mit weiteren Themen rund um das Ortsteilzentrum Mahlsdorf befassen.

● Die CDU sprach von einer Brandenburger Variante. Ist das eine Alternative?

Bjoern Tielebein: Die CDU hat jahrelang gefordert, dass quasi gar nichts passiert. An einer Stelle eine weitere Ausweichstelle für die eingleisige Straßenbahn und irgendwo auf Brandenburger Land eine Umfahrungsstraße – fertig. Doch die CDU müsste genau wissen, dass die Straßenbahn nur dann einen 10-Minutentakt gewährleisten kann, wenn sie endlich zweigleisig fährt.

Weiterhin geht es darum, den PKW-Verkehr und die Straßenbahn zu trennen, um beides in diesem Streckenabschnitt zu optimieren, Fußgänger*innen und Fahrradfahrenden endlich gute Bedingungen zu ermöglichen. Eine Ortsumfahrung in Brandenburg wird den Verkehr nur bedingt entlasten, ein Großteil des PKW-Verkehrs kommt aus Mahlsdorf und will ins Mahlsdorfer Ortsteilzentrum.

● Die Mahlsdorfer Schule soll schon zu Schuljahresbeginn 2019/20 in Betrieb genommen

werden und die Senatsverwaltung plant dafür den Ausbau der Straße An der Schule. Dagegen hat sich eine Bürgerinitiative formiert, die sagt: „Tram statt PKW!“ Was hältst du davon?

Bjoern Tielebein: Natürlich wäre es schön, wenn der PKW-Verkehr in Wohngebieten insgesamt weniger werden würde. Die Situation, dass eine größere Straße vor einer Schule, insbesondere einer Oberschule verkehrt, ist nicht neu. Am Hultschiner Damm weiter südlich verkehren Autos und Straßenbahn vor der Kiekemal-Grundschule, in Marzahn fahren ebenfalls Pkw und Straßenbahnen vor dem Siemens-Gymnasium. Mit sicheren Überhängen funktioniert das sehr gut. Wir haben dazu vorgeschlagen, eine weitere Zuwegung zum Schulgelände von der Landsberger Straße aus zu ermöglichen. Dort fährt auch ein Bus und es entsteht ein weiterer sicherer Zugang. Panikmache ist nicht ratsam, sehr wohl aber frühzeitige Maßnahmen, um Schulwege insgesamt sicherer zu gestalten.

● Gewerbetreibende in der Hönower Straße kritisieren die Pläne des Senats, in der Hönower Straße den Verkehr rauszunehmen, da es für sie „das Aus“ bedeuten könnte.

Bjoern Tielebein: Auch nach der Fertigstellung der Verkehrslösung wird Anliegerverkehr in der Hönower Straße möglich sein. Für viele Menschen wird es jedoch eine Entlastung vom Lärm geben. Beispiele aus unterschiedlichsten Städten zeigen, dass auch Gewerbetreibende weiterhin gut arbeiten können, wenn Straßen im unmittelbaren Umfeld verkehrsberuhigt oder sogar zu reinen Fußgängerzonen werden. Im Nachhinein werden solche Maßnahmen meistens begrüßt.

● Der Baubeginn ist auf 2022 datiert. Ist das realistisch?

Bjoern Tielebein: Wir befinden uns noch in der Vorplanungsphase, ein Planfeststellungsverfahren ist noch nicht eingeleitet. Daher könnte das knapp werden. Grundsätzlich gilt jedoch, dass, wenn jetzt nicht weiter geplant wird, sondern noch weitere Jahre mit Variantenprüfungen vergehen, es in den nächsten zehn Jahren keinen Baubeginn geben wird. Doch Mahlsdorf braucht schnell eine Entlastung und eine leistungsfähige Straßenbahn für alle. Daher sollte jetzt endlich umgesetzt werden, was über Jahre vorbereitet wurde.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte Magda Albrecht, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit für die Fraktion DIE LINKE in der BVV Marzahn-Hellersdorf.

Wird...
Hochw... für die

Alle Infos zur Linksfraktion auf einen Blick: Newsletter abonnieren!
www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de/newsletter

DIE LINKE.
in der BVV Marzahn-Hellersdorf

Wichtige Einzelentscheidungen...
Schulreinigung nachhaltig sichern!
Druck von Links wieder...
Frauenprojekte im Bezirk stärken!
Mehr Transparenz bei der Stadtp...

Bürgerämter, die Ortsumfahrung Ahrensfelde und ein Baby!

Bericht zur Bezirksverordnetenversammlung am 18. Oktober 2018

Zwei prächtige Blumensträuße hielt unsere Sprecherin für Gleichstellung, Sarah Fingarow, am Anfang der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im Oktober in den Händen. Die BVV – und natürlich auch die Linksfraction – gratulieren ganz herzlich zur Geburt des ersten Kindes! Priorität der Linksfraction bei dieser BVV war das Thema Bürgerämter. Klaus-Jürgen Dahler, unser



Glückwünsche für Sarah Fingarow in der BVV.

Foto: M. Albrecht

Sprecher für Haushalt, Personal und Bürgerdienste fragte nach der Situation der Bürgerämter, unter

anderem nach den Arbeitsbedingungen vor Ort und zur Perspektive eines Standortes. Dahler sprach sich in seiner Rede für moderne und effiziente Bürgerämter aus, in denen alle „frei wählen können, ob sie lieber persönlich beim Bürgeramt erscheinen oder ihre Angelegenheiten per Brief oder online erledigen wollen.“ Thomas Braun (AfD), Bezirksstadtrat für Bürgerdienste und Wohnen, legte in seiner Antwort dar, dass sich die Bedingungen in den Bürgerämtern durch die Arbeit an Fenstern und Fußböden sowie der Reparatur der Belüftungsanlage verbessert habe. Alle drei Bürgerämter werden ab dem 5. November 2018 wieder im bekannten Arbeitsmodus mit 33 Stunden Öffnungszeiten arbeiten. Auf die Frage, ob es Überlegungen im Bezirksamt gäbe, nach der Sanierung des Marzahn Rathauses am Helene-Weigel-Platz dort wieder ein Bürgeramt einzurichten, konnte Braun keine abschließende Antwort geben. Dahler stellte klar: „Die große Anfrage war ein Treffer! Es ist enttäuschend, dass zu den Standorten der Bürgerämter keine Ausführungen gemacht worden sind.“

Eine Diskussion kam beim Thema Ortsumfahrung Ahrensfelde auf: Unser Fraktionsvorsitzender Bjoern Tielebein sprach über das Planfeststellungsverfahren, das seit 2011 ruht, und plädierte dafür, eine neue Variantendiskussion anzuregen. Er wies darauf hin, dass die Mehrheit der BVV damals eine andere Variante favorisiert hatte. Trotzdem habe man sich letztendlich für eine Variante entschieden, die besonders von den Anwohner*innen der Klandorfer Straße kritisiert wurde: Diese müssten sich mit meterhohen Lärmschutzwänden anfreun-

den. Großprojekte wie diese könnten aber nur mit den vor Ort lebenden Bürger*innen realisiert werden, kritisierte Tielebein. Der Antrag der Linksfraction, die Planerstellung wieder zu eröffnen, wurde abgelehnt. Interessant: In dieser Wahlperiode war es der erste Antrag der Linksfraction, der keine Mehrheit erhielt.

Das letzte Wort (in diesem Bericht) hat unsere Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle: Sie informierte zum Bürgerhaushalt, dessen Vorschlagsphase nun beendet ist. 282 Vorschläge wurden mündlich und im Internet eingereicht, 50 Vorschläge mehr als bei der letzten Ausschreibungsphase. Manche Vorschläge seien zwar nicht relevant für den Bürgerhaushalt, berichtete sie, aber trotzdem mit einem Augenzwinkern zu nennen: Unter anderem wurde ein Trinkbrunnen vorgeschlagen – aber nicht etwa mit schnödem Wasser, sondern mit Bier!

Beschlossene Drucksachen der Linksfraction:

- Unterstützung des Pilotprojektes „Fernschule/Bewegtes Lernen“ bzw. des Folgeprojektes
- Bessere Arbeitsbedingungen für Reinigungskräfte auch in Marzahn-Hellersdorf
- Wegeleitsystem für das Kinderbad „Platsch“
- EU-Fördermittel nutzen - WLAN-Ausbau in Marzahn-Hellersdorf weiter vorantreiben
- Arbeitsfähigkeit des Kriseninterventionsteams sicherstellen
- Reinigung der Sanitäreinrichtungen von Grundschulen und Ganztagschulen
- Alle Schultoiletten zweimal täglich reinigen.

MAGDA ALBRECHT

Verkehr im Ortsteilzentrum Mahlsdorf: „Weiter so“ ist keine Lösung

Das Ortsteilzentrum Mahlsdorf ist längst an seine Grenzen gestoßen. Der überfällige 10-Minuten-Takt der Straßenbahn lässt immer noch auf sich warten und auch in Sachen Autoverkehr ist eine Neuordnung dringender denn je. Auch der geplante Schulneubau an der Straße der Schule erfordert eine Neugestaltung der Straßensituation. Darauf drängt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen schon seit Monaten. Die CDU und ihr Wirtschaftsstadtrat Johannes Martin lassen jedoch wenig Raum für einen Dialog erkennen. Bisher setzen sie auf ein „Weiter so“ und lediglich auf geringfügige Veränderungen der Situation – einem drohenden Verkehrschaos zum Trotz.

Der Senat plant eine Umgehungsstraße mit der Straße an der Schule und dem „Neuen Hultschiner Damm“ sowie den zweigleisigen Ausbau der Straßenbahntrasse nördlich und südlich der B1. Ziel ist es, einen verlässlichen 10 Minuten-Takt für die Straßenbahn zu schaffen, den Kreuzungspunkt mit der B1/B5 zu entlasten, den Umsteigebahnhof Mahlsdorf, der nun auch Regionalbahnhalt ist, attraktiver zu gestalten. Auch das Ortsbild im historischen Dorfkern soll aufgewertet werden. Zudem soll die neue Verkehrsführung mehr Sicherheit für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen bieten.

Der zuständige Bezirksstadtrat und mit ihm die CDU vertreten die Auffassung, eine Umgehungsstraße wäre abzulehnen und ein 10-Minuten-Takt der Straßenbahn sei auch ohne zweigleisigen Ausbau in der Hönowener Straße machbar. Martins Par-

teikollege Mario Czaja meint, eine zusätzliche Ausweichstelle der Straßenbahn sei ausreichend und der zweigleisige Umbau der Strecke nicht nötig. Allerdings schreibt der Senat in einer Antwort auf eine Anfrage von Czaja:

„Ohne eine Entlastung der engeren Ortslage Mahlsdorf vom übergeordneten Kfz-Verkehr und den zweigleisigen Ausbau der Straßenbahn in der Hönowener Straße kann kein stabiler 10-Minuten Takt im Straßenbahnverkehr angeboten werden.“

Zu diesem Ergebnis kam auch der SPD-CDU-Senat wenige Jahre zuvor.

Auf Druck der Fraktion DIE LINKE gibt es aber seit dem Frühjahr Bewegung in der Sache. Der Planungsbeirat zur Verkehrslösung Mahlsdorf wurde am 23. Mai auf unsere Initiative hin ins Leben gerufen. Bereits am 23. April hatte die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz zu einer Informationsveranstaltung geladen und ihre Planungen mit einer Abwägung der Varianten vorgestellt. Am 11. September fand die zweite Informationsveranstaltung statt. Alle Präsentationen der Veranstaltungen können auf der Seite der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz unter dem Stichwort „Straßenbahnneu- und -ausbaumaßnahme Ortskern Mahlsdorf“ eingesehen werden.

THOMAS BRAUNE



© SenUVK/SenStadtWohn

Juliane Witt:

Wer jetzt allein ist, wird es lange bleiben ...

Ein Aufruf zu Bündnissen

Sobald die Blätter fallen, der Sturm braust und nach sechs Monaten Trockenheit (die Spree auf dem Weg zurück zur Quelle) nun auch endlich wieder Regen fällt, möchte man sich sofort ins häusliche Dreieck von Teekessel, Decke und Bildschirm einkuscheln und nicht mehr raus. Es gibt auch noch mehr Gründe als das Wetter. Am besten Rückzug, nichts hören, wenig sehen und schauen, ob bestimmte Trends nach dem uns bevorstehenden langen Winter einfach verschwunden sein werden. Kann man gleich sagen: werden sie nicht sein. Es wird wieder Frühling werden und die Europawahlen kommen. Das heißt: Wenn die Linke keine blauen Landkarten im Osten des Landes will, muss was passieren. Was aber könnte dieses „Was“ sein? Wie könnte eine Mobilisierung, ein Muntermachen, ein Funke aussehen, der die Lethargie und Hoffnungslosigkeit, dass Wahlen was ändern, durchbricht?

Zumindest die am letzten Sommerwochenende, konkret am 13. Oktober stattgefundenen Großdemonstration von 242 000 Menschen durch die Hauptstadt bei gefühlt 28 Grad war so „Etwas“. Es war dieses

gewünschte, ersehnte Signal der Gemeinsamkeit, dass mehr Menschen als man in der Nachbarschaft dafür mobilisieren kann, auf die Straße gingen und ein deutliches Zeichen setzten. Dass sie diesen herrlichen Sonntag nicht beim Autowaschen verbrachten, nicht im Garten das Laub harkten oder nach Rügen fuhren, sondern hier gerade merkten: es zählt. Wer dabei war, hat sich dieser großartigen Stimmung nicht verschließen können. Genossinnen und Genossen aus Marzahn, Grüne, Demokraten, Freunde der Nähkunst, Migranten – waren dabei. In Zeiten des abnehmenden Lichts mag es gut sein, sich bei Wein und selbstgemachtem Most zu versichern, dass wir noch die Alten sind, dass wir die richtigen Wege beschreiten. Wer aber ist dieses Wir? Auch innerhalb derer, die sich selbst das #unteilbar gegenseitig zuriefen, wird aktuell eher das



Juliane Witt mit Petra Pau bei der #unteilbar-Demo im Oktober. Foto: privat

gewünschte, ersehnte Signal der Gemeinsamkeit, dass mehr Menschen als man in der Nachbarschaft dafür mobilisieren kann, auf die Straße gingen und ein deutliches Zeichen setzten. Dass sie diesen herrlichen Sonntag nicht beim Autowaschen verbrachten, nicht im Garten das Laub harkten oder nach Rügen fuhren, sondern hier gerade merkten: es zählt. Wer dabei war, hat sich dieser großartigen Stimmung nicht verschließen können. Genossinnen und Genossen aus Marzahn, Grüne, Demokraten, Freunde der Nähkunst, Migranten – waren dabei. In Zeiten des abnehmenden Lichts mag es gut sein, sich bei Wein und selbstgemachtem Most zu versichern, dass wir noch die Alten sind, dass wir die richtigen Wege beschreiten. Wer aber ist dieses Wir? Auch innerhalb derer, die sich selbst das #unteilbar gegenseitig zuriefen, wird aktuell eher das

Trennende als das Gemeinsame betont.

Häme über die Sozialdemokratie im freien Fall nach Jahren der selbtherrlichen Überzeugung, mit jedem regieren zu können. Kann man machen, ist aber alles andere als sinnvoll. Zynismus angesichts der Erfolgs der Grünen in Regionen, wo die Felder grün sind und der Samstagseinkauf auf dem Markt mehr kostet als der Wocheneinkauf der Hellersdorfer Familien inklusive Intellektuellenschelte, dass das ja eine bürgerliche Partei sei mit Gendersternenchen. Kann man testen, aber es ist weder klug noch solidarisch. Wer in Zeiten des Sturms das Gemeinsame aufruft, muss auch selbst Respekt und Miteinander pflegen. Es ist derzeit leider keine Zeit der Ernte. Und das liegt nicht am trockenen Sommer. Er ist die Zeit der Vorbereitung der Saat. Dafür ist der Winter gut. Wer jetzt allein ist, wird es lange bleiben. Nur wer jetzt Bündnispartner, Vertraute sucht und Vertrauen schafft, wird den Frühling und die Wahlen 2019 meistern.

Anders, als ihr denkt

Das »nd.DIE WOCHE« – die neue Wochenendzeitung von „neues deutschland“ mit neuem Konzept und großen Ansprüchen

Immer mehr Menschen greifen zu Wochenendzeitungen, wenn sie sich in der guten alten Papierzeitung informieren. Mehr als in Tageszeitungen erwarten sie dort recherchierte Hintergrundinformationen, Analysen, Einordnungen und Erklärungen von aktuellen Vorgängen.

Gründlicher, als es in der Eile des Tagesjournalismus möglich ist, will deshalb die neue Wochenendausgabe hinter Fassaden der Politik und ihrer Akteure schauen, hinter die Wortkulissen, auf Vorgeschichten und Zusammenhänge von politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Debatten. „nd.DIE WOCHE“ heisst das neue Produkt aus dem Haus am Berliner Franz-Mehring-Platz 1. Sie ging am 20. Oktober an den Start. Leserinnen und Leser können künftig mehr selbst recherchierte Beiträge erwarten, mit genauen Beschreibungen der Situation, aus denen neue Erkenntnisse gewonnen und Debatten bereichert werden können.

Über Bürger wird oft geredet, aber viel zu selten mit ihnen. »nd.DIE WOCHE« will es anders machen und wird Menschen vorstellen, die politisch aktiv sind, die das, was Politiker entschieden haben, hautnah erleben. „Wir machen uns auf die Suche nach Konzepten für eine soziale, menschenfreundliche Gesellschaft und lassen kritische Sozial- und Geisteswissenschaftler zu Wort kommen. Eine linke, menschenfreundliche Politik braucht eine theoretische Basis - so wie die neoliberale Politik sich auf eine theoretische Basis stützen konnte und kann“, so Eva Roth, die stellvertretende Chefredakteurin, in einem Beitrag an die Leserinnen und Leser von „nd“. Das was sie sich immer wieder wünschen: nichts Beliebiges, keine braven Artikel sondern Texte mit Biss. Voilà, hier kommen sie... (nd)

dasND.de/ndWoche
dasnd.de/dertag

Zur Probe: 9 x „nd.DIE WOCHE“ für 9 EUR frei Haus im Briefkasten: dasND.de/ndWocheProbe

9. November 1938 – 9. November 2018	
Gedenkwoche 80 Jahre Reichspogromnacht	
„Schonzeit vorbei“ Autorin Juna Grossmann liest aus ihrem Buch über das Leben mit dem alltäglichen Antisemitismus. Im Rahmen der Ausstellung: Kunst und Erinnern, Ausstellungszentrum Pyramide, Rieser Straße 94, Beginn: 16 Uhr	Sonntag 04
„Leben ohne Rassismus“ - Ernst-Haeckel-Oberschule Eröffnung der Gedenkwoche mit Dotschy Reinhardt und Band, Gespräche mit Schüler*innen, Lehrer*innen und Nachbar*innen Luckenwalder Straße 53, 12629 Berlin, Beginn: 18 Uhr	Montag 05
„Die Banalität des Bösen“ Schüler*innen und Lehrer*innen aus dem Tagore-Gymnasium treffen sich mit Bewohner*innen des Quartiers Mehrower Allee zu Film und Diskussion über die streitbare Denkerin Hannah Arendt.	Dienstag 06
„Lauf, Junge, lauf!“ - Konrad-Wachmann-Oberschule Schüler*innen der SCHULE ohne RASSISMUS treffen sich mit Mitgliedern des Bündnisses für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf zu dem berührenden Film und anschließender Diskussion.	Mittwoch 07
„Nicht vergessen“ Henny Engels, Sprecherin des Bündnisses für Demokratie und Toleranz, erinnert an die Opfer der Judenverfolgung während der NS-Zeit in den Ortsteilen von Marzahn-Hellersdorf. Heimatmuseum Alt-Marzahn 51, 12685 Berlin, Beginn: 18 Uhr	
„Der jüdische Oberarzt Dr. Berndt Götz - Wuhlgarten 33-45“ Vortrag der Historikerin Constanze Lindemann, Musik mit Stefan Kirchels an der Orgel Krankenhauskirche Wuhlgarten, Brebacher Weg 51, 12683 Berlin, Beginn: 18 Uhr	
„Bekennen und Widerstehen“ Anstöße Dietrich Bonhoeffers für Kirche und Gesellschaft Vortrag und Gespräch mit Pfarrer i.R. Gottfried Brezger Gemeindehaus der Jesuskirche Kaulsdorf, Dorfstraße 12, 12621 Berlin, Beginn: 19.30 Uhr	
„Eine Reise zu den eigenen Wurzeln“ Das Tschechow-Theater lädt Bewohner*innen zu einem besonderen Film und Gespräch mit dem Vorsitzenden des Heimatvereins Marzahn-Hellersdorf, Wolfgang Brauer, ein. Märkische Allee 410, 12689 Berlin, Beginn: 16 Uhr	Donnerstag 08
Erich Kästner und Hans - eine ungewöhnliche Freundschaft Lehrende und Studierende der ASH laden Nachbar*innen zu einem bemerkenswerten Film und Diskussion ein. Kino „Kiste“, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin, Beginn: 11 Uhr	Freitag 09
Ausstellungseröffnung „Stolpersteine in Marzahn-Hellersdorf“ Vernissage mit der Vizepräsidentin des Bundestages, Petra Pau, in der Artothek der Mark-Twain-Bibliothek Marzahner Promenade 55, 12679 Berlin, Beginn: 17 Uhr	
„Die Judenbank“ Theaterstück mit Peter Bause. Eine böse, tragische, auch humorvolle Geschichte aus jener Zeit. Informationszentrum Marzahn-Hellersdorf, Hellersdorfer Str. 159, 12619 Berlin, Beginn: 11 Uhr	Sonntag 11

Weitere Informationen zur Gedenkwoche finden Sie unter <http://buendnis.demokratie-mh.de>
Gefördert von:
SPD
DIE LINKE.
U.S.d.P.: Henny Engels, Sprecherin „Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“

Zur Person: Magda Albrecht

Magda Albrecht ist 32 Jahre alt, in Lichtenberg aufgewachsen und wohnt in Friedrichshain. Sie hat Nordamerikastudien in Berlin und in Oregon, USA, studiert und arbeitet seit vielen Jahren in der politischen Bildungsarbeit. Magda ist Mitglied des Bezirksverbandes der LINKEN Friedrichshain-Kreuzberg.

● **Seit September bist du als Mitarbeiterin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf tätig. Wie bist du überhaupt zur LINKEN gekommen?**

M.A.: Ich bin in Lichtenberg in einem linken Elternhaus aufgewachsen und schon früh mit Politik in Berührung gekommen. DIE LINKE ist ja in Lichtenberg sehr präsent. Mit meiner Band habe ich im Jugendklub Linse geprobt und wir waren oft bei den „Rock für Links“-Konzerten dabei. Ich kann mich noch erinnern, wie wir mal in einer Jugendhilfeausschusssitzung im Rathaus Lichtenberg protestiert und Musik gemacht haben, weil in der Jugendarbeit Gelder gekürzt wurden. Klar waren die linken Verordneten uns da wohlgesinnt. Ich stand der LINKEN immer nahe, war aber parteipolitisch nicht organisiert und eher in aktivistischen Bereichen tätig, also bei Demos, Veranstaltungen und in politischen Blogs. Heute denke ich Aktivismus und Parteipolitik mehr zusammen. Deshalb wollte ich auch bei der Linksfraktion arbeiten.

● **Was hast du davor gemacht?**

M.A.: Ganz verschiedene Dinge. Seit meinem Studium mache ich politische Bildungsarbeit im Bereich Antidiskriminierung, nach meinem Studium habe ich Veranstaltungen zur Berufsorientierung für Studierende organisiert. Dann habe ich in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv ein halbes Jahr die Webseite und die Social-Media-Kanäle betreut, bin zurück nach Deutschland und habe ein Buch geschrieben.

● **Das Buch heißt „Fa(t)shionista“. Worum geht es und was willst du mit dem Buch erreichen?**

M.A.: In dem Buch geht es um Körpernormen und Gesundheitsideale. Meine Grundthese ist, dass Körper im Kapitalismus ständig nach ihrer Leis-



FOTO: LINKSFRAKTION MA-HE

tung, Schönheit und Gesundheit bewertet werden. Das führt dazu, dass heute nicht nur Bestleistung im Job verlangt wird, sondern auch mit dem eigenen Körper. Bitte immer möglichst schlank, leistungsbereit, ohne Behinderung. Alle Menschen, die von diesen Idealen abweichen, bekommen ständig zu hören, dass sie „teuer“ sind oder „hässlich“. Gerade junge Frauen wehren sich dagegen, zum Beispiel in der „Body Positivity“-Bewegung. Sie machen Antidiskriminierungsarbeit, kritisieren einseitige Darstellungen in den Medien oder setzen sich für Klamotten in großen Größen ein. Daher kommt auch der Titel, der sich aus den englischen Worten für fett und Mode zusammensetzt. Das Buch ist ein Mix aus Autobiographie, Sachbuch und Politschrift und soll zum Nachdenken anregen.

Das Gespräch führte: THOMAS BRAUNE

Senior_innenpolitischer Ratschlag der LINKEN. Berlin Linke Politik für die Sicherung und Beteiligung der älteren Menschen in Berlin!

Dazu kamen aus allen Berliner Bezirken am 29.9.2018 Vertreterinnen und Vertreter in Neukölln zusammen. Dieses waren die dringendsten Probleme und Fragen: Angst vor Armut im Alter, überlastetes Pflegepersonal, Mieten und Nebenkosten unbezahlbar, einsam und abgehängt, keine Kontakte mehr.

Katrina Schubert, Landesvorsitzende, eröffnete den Ratschlag und stellte ihre Begrüßung unter das Motto: „Wem gehört die Stadt“ und ist hier in Berlin das Ziel erreicht, eine solidarische Gemeinschaft zu bilden?“ Ja, DIE LINKE wird nicht nachlassen, sich darum zu bemühen.

Dann ergriff Elke Breitenbach das Wort. Sie zog Bilanz und führte aus: Die Berlinerinnen und Berliner werden immer älter und es wird in den nächsten Jahren immer mehr hochbetagte Menschen geben. Als Beispiel für die gute Arbeit des Senates nannte sie, dass die Mieten begrenzt wurden, dass eine Wohnungsaustauschbörse durchgesetzt ist und als weitere Aufgaben, dass in allen Bezirken mehr Ärzte gebraucht werden und mehr Begegnungstätten organisiert werden sollen. Und am 1.10.2019 wird es einen Tag des älteren Bürgers geben.

Bezirksstadtrat Knut Mildner-Spindler (Friedrichshain-Kreuzberg) hatte als Schwerpunkt seiner Rede den 7. Altenbericht und „Wie ist die Teilhabe der älteren Menschen organisiert?“

In allen Ausschüssen des Bezirkes sind Vertreter*innen der Seniorinnen und Senioren dabei, sie haben Rederecht und sind mit allen Problemen des Bezirkes vertraut und dort für alle Seniorinnen und Senioren Ansprechpartner.

Harald Wolf stellte seinen Bericht unter das Motto: „Von der Autostadt zum Miteinander in der Stadt“. Es wurden die vielen Konflikte im öffentlichen Straßenland angesprochen. Hier wird vermehrt um Carsharing, Umsteigemöglichkeiten, Rad-aufsteller und Mobilitätsketten gekämpft. Denn Straßen sind Lebensräume.

Susanne Kümpers war Mitglied in der Altenberichts-kommission und gab einen Überblick über die Lage der Kommunen und ihre Verantwortung in der Senior*innen- und Altenpolitik. Ihr Fazit: Daseinsvorsorge ist Aufgabe des Bezirkes. Der Staat zieht sich vermehrt aus diesen Aufgaben zurück und die Zivilgesellschaft übernimmt diese Aufgaben. Hier hauptsächlich unbezahlte Arbeit von Frauen, die Ungleichheit beim Pflegen und Betreuen manifestiert sich in der Altersarmut von Frauen. Und eine verkürzte Lebenserwartung durch weniger Teilhabe. Diese ungleiche Verteilung zwischen den Geschlechtern führt zu mangelndem Selbstbewusstsein, von Armut und Einsamkeit betroffen sind Frauen. In wenigen Worten zusammengefasst „Gutes Leben im Alter“ bedeutet: gute ärztliche Versorgung, Sicherheit bei Tag und Nacht, überall Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, Einkaufsmöglichkeiten und öffentliche Toiletten in Wohnortnähe, schöne und gepflegte Grünanlagen. Dann bin ich gegangen, weil der Tagungsraum kalt war und auch nicht wärmer wurde. Somit für ein besseres Miteinander! engagieren wir uns dafür! ELISABETH SCHMIDT

Spendenauf Ruf 2018:

Weihnachtsfeier für die Kinder im Geflüchteten- und Wohnungslosenheim in der Otto-Rosenberg-Straße

Jedes Jahr veranstaltet DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf für geflüchtete und wohnungslose Kinder eine Weihnachtsfeier in der Otto-Rosenberg-Straße.

Im festlich geschmückten Saal im Don-Bosco-Zentrum Marzahn heißen wir sie mit ihren Familien bei Kakao und Kuchen willkommen und überreichen jedem Kind ein individuelles und liebevoll ausgesuchtes Geschenk. Die von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern des Bezirksverbandes und der Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf organisierte Feier finanziert sich über Spenden. Diese werden bis Ende November im Linken Treff oder über folgendes Konto dankend entgegengenommen. Auch Unterstützung bei der Vorbereitung der Feier und der Zusammenstellung der Geschenke ist sehr willkommen. Wer helfen möchte, kann sich gern bei sarah.fingarow@gmx.de oder im Linken Treff melden. Für Überweisungen von Spenden:

Kontoinhaber: DIE LINKE Berlin

IBAN: DE 59 10070848 0525607803

VWZ: Spende Marzahn-Hellersdorf, Name, Vorname, Anschrift

(Wichtig ist, dass im **Verwendungszweck** steht, dass es sich um eine **Spende für Marzahn-Hellersdorf** handelt!!!)

Hinweis: Bitte nur einzelne Personen als Spender angeben, nicht paarweise, wie z.B. Spenden Max und Maxi Müller, sondern nur einen von beiden oder jede/r spendet separat!

Sozialberatung im Kiezbüro von Kristian Ronneburg

» **15.11., 15 Uhr:** Sozialberatung am jeweils 3. Donnerstag eines Monats. Die Idee ist es, Menschen mit sozialen Problemen mit einer Erstberatung zur Seite zu stehen. Dafür wird ein Anwalt vor Ort sein. Um einen möglichst reibungslosen Ablauf sowie eine private Atmosphäre zu ermöglichen, wird um Voranmeldung gebeten. Diese kann während der Öffnungszeiten im Kiezbüro (siehe www.kristian-ronneburg.de), telefonisch 030 47057520 oder schriftlich unter folgenden E-Mail Adressen:

stein@wk.linksfraktion-berlin.de

volkert@wk.linksfraktion-berlin.de erfolgen.

Adresse Kiezbüro Kristian Ronneburg: Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Ausstellung Mahmoud Shekhani

» **bis 16.11.**, Wahlkreisbüro und Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin: Ausstellung des syrischen Malers Mahmoud Shekhani mit Malerei in Öl und digitalen Bildern. Zu besichtigen während der Öffnungszeiten des Linken Treffs

80. Jahrestag der Reichspogromnacht

» **4.11. bis 11.11.: Gedenkwoche** anlässlich des 80. Jahrestages der Reichspogromnacht 1938 mit zahlreichen Veranstaltungen, unterstützt von verschiedenen Organisationen, Parteien u.a., Einzelheiten zu finden auf Seite 6. Für den 11.11. telefonische Anmeldung unter 030 5412130.

Vertreter_innenversammlung

» **10.11., 10 - 14 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, Besondere Vertreter_innenversammlung zur Wahl der Vertreter_innen zur Bundesvertreter_innenversammlung in Vorbereitung der Europawahl 2019. Gast der Versammlung wird Carsten Schatz, europapolitischer Sprecher der Linksfraction im Berliner Abgeordnetenhaus, sein.

Feuriger Advent

» **30.11., 15 Uhr**, Feuriger Advent mit Dr. Manuela Schmidt (MdB), auf dem Victor-Klemperer-Platz vorm Freizeitforum Marzahn. Zum Feurigen Advent mit der Nachbarschaft verwandelt sich die Marzahner Promenade in eine Kultur- und Kunstmeile. An mehreren Orten wird zu Live-Musik und heißen Getränken eingeladen. Im und am Freizeitforum Marzahn können Groß und Klein an vielen Aktionen teilnehmen. Ob Feuerschale, Weihnachtsmann oder Spiel- und Bastelangebote: Sie sind herzlich eingeladen, zu staunen, zu basteln, zu hören, zu genießen, sich sportlich zu betätigen, zu spielen oder einfach einen wunderbaren Nachmittag zu verbringen. Zum Abschluss gibt es eine Feuershow!

Hinten links:

1. Weltkrieg und Novemberrevolution

Der 1. Weltkrieg wird heute als die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts angesehen.

Von 1914 bis 1918 beklagten die Völker zehn Millionen tote Soldaten und zehn Millionen tote Zivilisten.

Die Novemberrevolution in Deutschland beendete den 1. Weltkrieg.

Verwundungen, Hunger, Krankheiten, der Spanischen Grippe und den gewalttätigen Wirren bis in die zwanziger Jahre hinein fielen weitere Millionen Menschen in ganz Europa zum Opfer.

Jeder Mensch bedeutet ein Schicksal – stets mit anderen Menschen verbunden. Auf dem Friedhof der Märzgefallenen in Berlin-Friedrichshain sind auch in der Novemberrevolution Gefallene und 1919 Ermordete bestattet.

Frage

Welchen Zusammenhang gibt es zwischen diesem Sachverhalt und dem, dass der Friedhof der Märzgefallenen nicht – gleich der Paulskirche Frankfurt/Main und der Festung Rastatt – den Status einer Nationalen Gedenkstätte erhält?

R. RÜDIGER

Bezirksvorstand

» **6.11., 20.11., 4.12.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratung des Bezirksvorstandes

Treffen im Wahlkreis 2

» **8.11., 18.30 Uhr, Treffen aller im Wahlkreis 2 wohnenden Mitglieder**, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **1.11., 6.12.** jeweils 19.30 Uhr, BO Hellersdorf, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

» **1.11., 6.12.** jeweils 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **7.11., 5.12.** jeweils 18 Uhr, BO Biesdorf/Marzahn-Süd, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» **14.11., (1) 10-12 Uhr**, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, **(2) 15-17 Uhr** Stadtteilzentrum Kieztreff West, Ahrensfelder Chaussee 148, 12689 Berlin, um telefonische Anmeldung unter: 030 99289380 wird gebeten.

Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» **2.11., 12-14 Uhr**, Abgeordnetenbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **30.11., 10-12 Uhr**, Abgeordnetenbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

Sprechstunden Regina Kittler (MdB)

» **7.11., 11-12 Uhr**, Abgeordnetenhaus, Büro, Raum 546, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin

» **27.11., 13.30-14.30 Uhr**, Abgeordnetenhaus, Büro, Raum 546, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin

Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdB)

» Einen persönlichen Termin mit Kristian Ronneburg vereinbaren Sie bitte mit den Mitarbeitern des Abgeordnetenbüros am Cecilienplatz 5 (Öffnungszeiten: mo 12-15 Uhr, di 10-15 Uhr, do 15-19 Uhr), Telefon: 030 47057520

Abgeordnetenbüros

» **Dr. Manuela Schmidt (MdB)**, Telefon: 030 54980323, und **Regina Kittler (MdB)**, Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg (MdB)**, Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE**, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 16-18 Uhr, di 9-12 Uhr, mi 15 - 17 Uhr, do 15-18 Uhr, Tel.: 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

Offen:	Montag	13 - 17 Uhr
	Dienstag:	10 - 17 Uhr
	Donnerstag:	13 - 18 Uhr
	Freitag	10 - 13 Uhr

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. Vi.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

Layout: Yvette Rami; **Anschrift der Redaktion:** c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 26.10.2018. Auslieferung ab 06.11.2018.

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Marzahn-Hellersdorf *links* wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert.

Empfehlung: 35 Euro-Cent.

Die nächste Ausgabe erscheint am **04.12.2018 (Anlieferung aus Druckerei)**.